

## Verklungen

### *Die Feiern zu 40 Jahren Grundgesetz*

Die Feiern zu 40 Jahren Grundgesetz, damit zum 40. Geburtstag der Bundesrepublik, sind verklungen. Sie haben mit dem Doppelakt in Bonn, mit der Wiederwahl des Bundespräsidenten am eigentlichen Jahrtag und mit der zentralen Gedenkfeier tags darauf mit einer großen Rede *Richard von Weizsäcker* einen würdigen Abschluß gefunden. Aber was bedeuteten die Gedenkfeiern und die vielen Ansprachen und Diskussionen, die bis dahin über Wochen und landauf, landab, in den Universitäten, in den Volkshochschulen, auf Parteiveranstaltungen und in den Medien dem „Transitorium“ Grundgesetz und dem Staat Bundesrepublik, der daraus hervorgegangen ist, gewidmet wurden?

Der Grundduktus war *Zufriedenheit über die Verfassung* und daß sie gehalten hat, zu halten vermochte, was ihre Schöpfer sich von ihr versprochen: die Grundlegung eines freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates, eine Friedensordnung nach innen, die bald half, die durch das Dritte Reich und den Zusammenbruch von 1945 darniederliegenden Deutschen, wenigstens in ihrem freien, westlichen Teil in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzuführen; ein Grundrechts- und Ordnungsinstrument, das half, ein Gemeinwesen aufzubauen, in dem es gesittet nach innen und friedlich nach außen zugeht. Nicht ohne Stolz wurde gewürdigt, daß die Bundesrepublik schlußendlich und bis heute eine friedensfördernde, nicht friedensverhindernde Rolle durch ihre Westintegration und mit ihrer Ostpolitik spielen konnte. Mit Befriedigung auch konnte festgestellt werden, daß, wie es der Bundespräsident ausdrückte, die Konflikte, die in den bisher 40 Jahren den Weg der Bundesrepublik begleiteten, zwar mit Schärfe, aber „letzten Endes

mit Vernunft“ ausgetragen werden konnten.

Immer wieder hieß es auch aufatmend, der „große Konflikt“, der sich auf die Grundlagen der Verfassung erstreckt hatte, sei den Deutschen unter dem Grundgesetz erspart geblieben. Trotz aller Extremismen, die sich bis zum Terror steigerten, habe sich das Grundgesetz als trag- und konsensfähig erwiesen. Daß die Gründung der Bundesrepublik von den alliierten westlichen Besatzungsmächten ausging, wurde an ihrem 40. Geburtstag nicht verschwiegen; es wurde aber entschieden Wert darauf gelegt, daß das Grundgesetz „kein Werk der Siegermächte“, sondern Verfassung der Deutschen sei. Nationale Töne hielten sich indessen in Grenzen. Sie wurden eher im gleichzeitig innerhalb der Nato geführten und kurz nach den Jubiläumsfeierlichkeiten entschärften Kurzstreckenraketenstreits und da und dort in den Wochen danach im Europawahlkampf spürbar. Die Ungeduld über die noch nicht einlösbare Präambel des Grundgesetzes, die „das gesamte deutsche Volk“ auffordert, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, blieb eher kleinlaut. Um so heftiger wurde das hohe Lied der Stabilität gesungen, die die Bundesrepublik unter der Herrschaft des Grundgesetzes erreicht und sich bisher erhalten habe.

Nur gelegentlich wurde, am nüchternsten wohl vom gegenwärtigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, *Roman Herzog*, und dann eher leise gefragt, ob denn die Stabilität nicht trüge und ob die in der Verfassung grundgelegte Ordnung als Wertordnung auch dort noch halte, wo „der Wohlstand“ als Konsenskitt brüchig werde. Und es wurde wenigstens in den Großveranstaltungen, soweit sie sich überblicken lassen, mehr rühmend über die Solidität des Gemeinwesens Bundesrepublik als Rechts- und Sozialstaat als über die Veränderungen der Gesellschaft gesprochen, für die das Grundgesetz ja nur den Verfassungsrahmen abgibt. *Richard von Weizsäcker* beschwor zwar „das Maß des Wandels“, das technisch,

ökonomisch und kulturell größer sei, „als wir es täglich spüren“. Der Bundespräsident sagte auch, daß mit der Verfassung allein kein Staat zu machen sei, daß das Grundgesetz „kein sprudelnder Wertebrunnen für ethische Dürrezeiten ist“. Und er fragte nach der Zukunft der Familie, sprach von „Bindungen, die wir suchen, weil sie uns zu Menschen werden lassen“, und mahnte Art. 3 Abs. 2, die Einlösung der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau an. Aber auch *Richard von Weizsäcker* hielt sich, wie es dem gehobenen Augenblick des Feierns entsprach, eher ans Allgemeine, beließ es bei Andeutungen, machte nur ansatzweise die Spannungen spürbar zwischen Freiheit des einzelnen und solidarischer Einbindung in die Gemeinschaft (örtlich und zeitlich) und zwischen Emanzipation und Institution.

Überhaupt wurde nicht sehr viel in die Zukunft hinein gefragt. Die vor allem in der östlichen Hemisphäre aufwühlenden, aber auch uns berührenden politischen Veränderungen wurden zwar allseits beschworen, aber im Grunde blieb man mit seinem Grundgesetz-Jubiläum doch ziemlich unter sich. Auch, wie die Bundesrepublik sich selbst weiterentwickelt, wurde wenig gefragt. Stichworte dazu hätte es genug gegeben: z. B. wie sich staatsübergreifend als Zivilisationsmerkmal gleichsam das Gewaltproblem entwickelt, das von Berlin-Kreuzberg bis in die Fußballstadien hinein sich mehr und mehr aufdrängt, und das nicht nur eine Frage nach dem staatlichen Gewaltmonopol ist. Oder wie sich bei zunehmender Aufsplitterung der Parteienlandschaft der innenpolitische Konsens gestaltet. Oder wie darauf hinzuwirken ist, daß die Deutschen auch dann noch die nötige nationale Geduld aufbringen, wenn die Frage der Wiedervereinigung keine bloße Utopie mehr sein wird. Oder ob das Ja zur größeren europäischen Einheit hierzulande auch über Sonntagsreden und Wirtschaftsinteressen hinausreicht. Anlaß zu prospektiver Nachdenklichkeit wäre genug gewesen. Vielleicht war man aber doch ein wenig zu selbstzufrieden, um ihn entschlossen zu nutzen.